

Covid-19: «Die Regierung zieht an einem Strang»

Gesundheitsminister Manuel Frick blickt zurück auf zweieinhalb Wochen Zertifikatspflicht in Liechtenstein. Er spürt eine breite Unterstützung in der Bevölkerung, selbst wenn die Massnahmegegner sich deutlich lauter artikulieren. Das Ziel der Regierung ist klar: Ansteckungszahlen wie vor einem Jahr müssen und können verhindert werden. **Interview: Heribert Beck**

Herr Regierungsrat, die Einführung der 3G-Pflicht in Restaurants, Indoor-Sportanlagen und Kultureinrichtungen wird von Teilen der Bevölkerung als starke Beschneidung ihrer Freiheitsrechte wahrgenommen. Wie sehen Sie dies – und warum ist die Massnahme dennoch notwendig?

Gesellschafts- und Kulturminister Manuel Frick: Liechtenstein ist auf das schweizerische Gesundheitswesen und insbesondere die Intensivpflegeplätze in der Schweiz angewiesen – wir können hier also keinen Sonderzug fahren, indem wir deutlich lockere Massnahmen verhängen als unser Nachbarstaat. Was oftmals nicht gesehen wird in dieser Diskussion: Die Alternative zu 3G ist nicht, keine Massnahmen zu ergreifen, sondern im Extremfall beispielsweise die Gastronomie wieder komplett zu schliessen oder Veranstaltungen zu verbieten. Das wiederum würde von der Bevölkerung sowie von den betroffenen Branchen wohl kaum akzeptiert.



Dass die Zertifikatspflicht die Weiterführung des kulturellen Lebens unter weitgehend normalen Bedingungen ermöglicht, wird als Chance gesehen.

Manuel Frick,
Regierungsrat

Seit dem Inkrafttreten der neuen Massnahmen sind 17 Tage ins Land gezogen. Die Rückmeldungen zur Praktikabilität waren vor allem am Anfang ambivalent bis kritisch. Die Regierung hat rasch reagiert. Wie haben sich die Anpassungen bewährt? Dass bei neuen Massnahmen viele Fragen zur praktischen Umsetzung aufkommen, ist nor-



mal. Das haben wir seit Beginn der Pandemie sowohl bei Verschärfungen als auch bei Lockerungen immer wieder gesehen. Schliesslich muss sich auch die Zertifikatspflicht einpendeln. Der Dialog mit betroffenen Branchen – hauptsächlich der Gastronomie – hat geholfen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und eine pragmatische Umsetzung der Zertifikatspflicht sicherzustellen. Pünktuell konnten auch Anpassungen – wie die Anerkennung von Impfnachweisen von Personen aus Drittstaaten – umgesetzt werden.

Die Angriffe der Impf- und 3G-Gegner sind teils recht persönlich. Wie gehen Sie damit um?

Ich habe eine dicke Haut, die Beschimpfungen gehen teilweise aber natürlich nicht spurlos an einem vorbei. Auch Drohungen gegen Regierungsmitglieder werden auf verschiedenen Kanälen geäussert. Diese werden jeweils an die Landespolizei weitergegeben und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt. Aber ich stehe ja nicht allein da – auch in anderen Staaten hat sich der Ton insbesondere gegenüber Gesundheitsministern und Regierungsvertretern in den letzten Wochen verschärft. Ich bin aber froh, dass die Regierung bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie an einem Strang zieht und dass Einigkeit herrscht, in welche Richtung wir gehen müssen. Auch die Umfrage des Liechtenstein-Instituts zeigt, dass Massnahmegegner klar in der Minderheit sind, sich aber lautstark und teilweise auch unangemessen artikulieren.

Neben 3G wurde auch die Maskenpflicht wieder ausgeweitet. Wie begründen Sie diesen Schritt, hiess es doch im Sommer, dass das Ansteckungsrisiko beispielsweise beim Einkaufen gering sei.

Das war im Sommer auch so, weil das epi-

demiologische Geschehen fast zum Erliegen gekommen ist. Seit Anfang August haben wir aber wieder höhere Fallzahlen, und vor allem aufgrund der deutlich ansteckenderen Delta-Variante ist damit auch das Risiko gestiegen, sich in Alltagssituationen anzustecken. Auch in Situationen mit geringem Ansteckungsrisiko bieten Masken einen Schutz, um so hohe Infektionszahlen wie im Herbst und Winter 2020/2021 zu vermeiden.

Als Gesundheits- und Kulturminister schlagen vermutlich zwei Herzen in Ihrer Brust, wenn es um die Zertifikatspflicht geht. Wie haben die Kulturschaffenden die neuen Vorschriften aufgenommen?

In der Kultur wurde die Zertifikatspflicht positiv aufgenommen. Die massiven Auswirkungen der Schliessungen von Museen, Theatern und Konzertbühnen im vergangenen Jahr haben bei den Kulturschaffenden Spuren hinterlassen. Dass die Zertifikatspflicht die Weiterführung des kulturellen Lebens unter weitgehend normalen Bedingungen ermöglicht, wird als Chance gesehen.

Wie schätzen Sie die Notwendigkeit neuer bzw. reaktiverer Unterstützungsmassnahmen im Kulturbereich und in der Gastronomie ein?

Wie gesagt, die Kultur kann mit Zertifikatspflicht unter weitgehend normalen Bedingungen funktionieren. Ich sehe hier deshalb aus aktueller Warte keinen zusätzlichen Unterstützungsbedarf. Nicht zuletzt, weil die zweite Tranche des Nachtragskredits an die Kulturstiftung zur Covid-19-spezifischen Unterstützung bei weitem nicht ausgeschöpft ist. In der Gastronomie wird sich weisen müssen, wie die weitere Entwicklung verläuft. Die Regierung hat die verschiedenen Unterstützungsleistungen bis Ende des Jahres verlängert.

Selbst wenn Corona nach wie vor das soziale Leben und den politischen Alltag dominiert, bleiben andere Themen nicht liegen. In Sachen AHV und Rentenerhöhung befindet derzeit eine Interpellation bei der Regierung. Ohne den Antworten vorgreifen zu müssen: Wie beurteilen Sie den Handlungsbedarf und was spricht für, was gegen eine Rentenerhöhung?

Im Falle einer Rentenerhöhung müssen Massnahmen getroffen werden, um die dadurch entstehende finanzielle Mehrbelastung auszugleichen und die langfristige finanzielle Sicherung der AHV zu gewährleisten. Wenn die Maximalrenten beispielsweise um 80 Franken erhöht werden, müsste im Gegenzug der Beitragssatz auf 8,7 Prozent erhöht oder das Rentenalter um ein Jahr hinaufgesetzt werden. Die Regierung kann gemäss der jetzigen rechtlichen Grundlage keine Anpassung beschliessen, da für die Beurteilung der Teuerung der Konsumentenpreisindex herangezogen wird und dieser in den letzten zehn Jahren nicht angestiegen ist.



Wenn die Maximalrenten beispielsweise um 80 Franken erhöht werden, müsste im Gegenzug der Beitragssatz auf 8,7 Prozent erhöht oder das Rentenalter um ein Jahr hinaufgesetzt werden.

Manuel Frick